

Marion Löffler

# Geschlechter- politische Strategien

Transformationen von  
Staatlichkeit als politisch  
gestaltbarer Prozess



# Inhalt

Vorwort.....	9
1. Einleitung .....	11
Geschlechterkonservative Ideologien.....	15
<i>Historic (Re-)Turn</i> in der Staatsbetrachtung .....	18
Staatlichkeit in permanenter Transformation.....	19
Transformation als politisch gestaltbarer Prozess .....	23
Alternative Konzeptualisierungen .....	27
2. Transformationen moderner Staatlichkeit .....	31
Transformation im staats-theoretischen Denken.....	35
Konzeptionen von Transformation.....	37
Transformationen des Staates .....	41
Feministische Interventionen.....	49
3. Geschlechterpolitiken der Transformation.....	55
Feministische Herrschaftskonzepte .....	57
Geschlechterpolitik als transformatorische Praxis .....	66
Geschlechterpolitik in feministischen Staatstheorien .....	67
Zum Verhältnis von Staat und Staatlichkeit .....	70
Staat, Staatlichkeit und Transformation .....	73
4. Transformation und Geschichte .....	81
Historisierung der Geschlechterordnung.....	82
Theorien der historischen Staatsbildung.....	89
Politikwissenschaftliche Geschichtsforschung.....	96

---

5. Frühneuzeitliche Staatsbildung als politischer Prozess.....	99
Polities in der Frühen Neuzeit.....	102
Transformationen der Herrschaftsinfrastruktur.....	106
Von der Familia zur Polity.....	108
Transformationen der Sozialstruktur.....	111
Genderprojekte einzelner Polities.....	113
Transformationen der Geschlechterverhältnisse.....	114
Transformationen der Geschlechterordnung.....	117
Absolutistischer Staat.....	123
6. Maskulinistische Staatlichkeit.....	127
Formierung des symbolischen Gewaltmonopols.....	130
Konstituierung von Staatsakteuren.....	132
Staatliche Setzungsarbeit.....	134
Gouvernementalisierung des Staates.....	137
Maskulinistische Rationalitäten.....	142
Männliche Herrschaftsfähigkeit.....	146
7. Geschlechterpolitiken der Transformation.....	157
Doppelte Subjektivierung.....	158
Gouvernementalisierung als transformatorische Strategie.....	160
Transformationen von Staatlichkeit als emanzipatorische Chance.....	166
Literatur.....	171

# 1. Einleitung

Transformationen des modernen National- und Wohlfahrtsstaats gerieten bereits in den 1970er-Jahren ins Zentrum politischer Debatten und staats-theoretischer Überlegungen. Zum einen wurden Notwendigkeiten für Reformen der Staatsorganisation erkannt oder behauptet und verschiedene Varianten des Rückzugs des Staates aus Gesellschaft und Wirtschaft gefordert. Zum anderen wurden gesellschaftliche Transformationen registriert und problematisiert, die staatliche Politik unwirksam oder unzulänglich erscheinen ließen. Mit Ausbau und Verfestigung neoliberaler Politikstrategien im Laufe der 1980er- und 1990er-Jahre sind nicht wenige Forderungen dieser frühen Diskussionen erfüllt worden. Europäische Staaten wurden nach einer »Logik der kompetitiven Deregulierung« verschlankt (Wöhl 2007, 139). Sie verfügen nun über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, in dem ökonomische Freihandelspostulate weitgehend verwirklicht sind. Sie haben sogar einige Souveränitätsrechte an europäische Institutionen abgegeben und koordinieren zentrale politische Entscheidungen. Derartige Einschränkungen (national-)staatlicher Souveränität gelten als eines der markantesten Zeichen für den Bedeutungsverlust moderner Staatlichkeit (vgl. Schuppert 2010, 28). Zudem wurden schon mehrfach Versuche lanciert, eine von den Einzelstaaten unabhängige europäische Außenpolitik zu etablieren, die mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ihren bisherigen Höhepunkt erreicht haben.

Scheinbar unabhängig, aber doch gleichzeitig, kam es zu gesellschaftlichen Transformationen, die insbesondere die Geschlechterverhältnisse in Europa veränderten (vgl. Walby 1997; Wetterer 2003; Becker-Schmidt 2007). Die Frauenbewegung skandalisierte die prämodern anmutenden Geschlechterverhältnisse der (fordistischen) Nachkriegsära und schaffte es, Forderungen nach echter Gleichstellung der Geschlechter und Selbstbestimmung der Frau auf die politische Agenda zu setzen. So wurden in zahlreichen europäischen Ländern in den 1970er-Jahren Reformen des Ehe-

und Familienrechts durchgeführt, die einige Hürden für eine echte Gleichstellung der Geschlechter im Rechtssystem dieser Staaten beseitigt haben. Immer noch andauernde Ungleichheiten, Diskriminierungen und Schief lagen im Verhältnis der Geschlechter sind heute zumindest ein Grund zur Empörung und keine Selbstverständlichkeit mehr. Trotz aller Disparitäten zwischen den europäischen Staaten ist Chancengleichheit der Geschlechter offizielle politische Linie in der EU.

Wir können also zwei unterschiedliche Transformationswahrnehmungen benennen: Zum einen haben sich Staaten in Europa verändert. Zum anderen haben in diesen Staaten profunde Veränderungen der Geschlechterverhältnisse stattgefunden. Beide Transformationsprozesse sind politisch, werden aber kaum als politisch *gemacht* wahrgenommen. Ökonomische und kulturelle Veränderungen der letzten 30 bis 40 Jahre gelten vielmehr als Transformationsphase, in der politisches, insbesondere staatliches Handeln weniger Aktion denn Reaktionen auf globale Prozesse darstellt. Demnach haben Staaten ihre Wirtschaftspolitik angepasst, um dem kompetitiven Druck durch die ökonomische Globalisierung standhalten zu können. Der erreichte Grad der Gleichstellung der Geschlechter wird als Höhepunkt und Abschluss eines historischen Modernisierungsprozesses eingestuft, der in Europa bereits mit der Aufklärung im 18. Jahrhundert eingesetzt hat, aber bis vor kurzem noch nicht alle Elemente des prämodernen Patriarchats beseitigen konnte. Eine solche Sichtweise auf transformatorische Prozesse unterstellt, dass Staat, Politik und Geschlechterverhältnisse voneinander unabhängige Variable sind. Demgegenüber hat politikwissenschaftliche Geschlechterforschung vielfältige Verbindungen und Wechselwirkungen zwischen Politik und Geschlecht aufgezeigt und zudem nachgewiesen, dass auch Staaten keine geschlechtsneutralen Einrichtungen darstellen (vgl. Löffler 2011, 190ff.). Untersuchungen zu aktuellen Transformationen von Staaten und des Staatensystems belegen zudem, dass diese nicht als a-politische Prozesse zu begreifen sind, sondern politisch gemacht und gestaltet werden.

Im Zentrum dieses Buches steht die Frage des Zusammenhangs zwischen den Transformationen von Staat und Geschlecht. Dabei geht es nicht um eine Beschreibung des gegenwärtigen sozialen und staatlichen Wandels, sondern um das verfügbare theoretische Repertoire, mit dem diese Transformationsprozesse benannt und zusammengedacht werden können. Ziel ist es, Konzepte zu erarbeiten und zu erproben, die eine staats-theoretische Diskussion der parallelen Transformationsprozesse von Staat-

lichkeit und Geschlechterverhältnissen erfassen können. Eine Bestandsaufnahme der feministischen Staatsdiskussion habe ich bereits vorgelegt (Löffler 2011). Nun geht es darum herauszuarbeiten, inwiefern Staatstheorien in der Lage sind, Transformationen als politische Prozesse oder gar Strategien zu konzipieren. Daran schließen Fragen nach der Konstruktion politischer Akteure an, nach deren Handlungsfähigkeit sowie nach der des Staats. Des Weiteren ist zu klären, ob eine politische Fassung von Transformation auch Geschlechterverhältnisse einschließt, und vor allem, ob ein theoretischer Zugriff ermöglicht wird, der erlaubt, Transformationen auch als *emanzipatorische* Politik zu denken.

Staatstheorien betrachte ich dabei als dezidiert *politische* Theorien. Erst dadurch können sie überhaupt mit Transformationen ihres Gegenstandsbereiches – dem Staat – umgehen, zumal der Staat geradezu das Gegenteil von Transformation bezeichnet, nämlich das stabile und stabilisierende politische Gerüst einer Gesellschaft. Daher gibt es keinen Begriff des Staates, mit dem seine eigene Transformation gedacht werden kann. Doch sofern Staatstheorien einen sozial- bzw. politikwissenschaftlichen Anspruch erfüllen, befassen sie sich mit sozialen und politischen Veränderungen und daraus resultierenden neuartigen Problemlagen von Gesellschaften, die ein Staat bearbeiten muss und dabei auch mitgestaltet. Insofern betrachte ich Staatstheorien als politische Theorien, im doppelten Wortsinn: Zum einen ist jede Staatstheorie auch eine Theorie der Politik, zum anderen sind staatstheoretische Debatten selbst als politische Auseinandersetzungen zu verstehen (vgl. ebd., 12). In Transformationszeiten bzw. in Diskurszusammenhängen, in denen Veränderungen gesellschaftlicher und politischer Ordnung in auffälliger Häufung diagnostiziert werden, stehen Staatstheorien selbst unter Legitimationsdruck, laufen aber mitunter zur Höchstform auf, weil sie von ihrem Gegenstand her mit dem institutionalisierten Garanten gesellschaftlicher Stabilität befasst sind. Großflächige Veränderungen bringen Verunsicherung in stabil geglaubte Ordnungs- und Herrschaftszusammenhänge. Staatstheorien sind nun herausgefordert, die zukünftige Stabilität zu suchen.

Historisch betrachtet sind Transformationsphasen Prozesse mit offenem Ausgang. Zugleich sind es Phasen intensiver politischer Auseinandersetzungen, die – gerade weil die Zukunft offen ist – ein emanzipatorisches Potenzial bergen. In der europäischen Geschichte der Neuzeit haben sich mehrere »emanzipatorische Schübe« ereignet, doch nur selten konnten Frauen davon profitieren. Was unter anderem zur Ungleichheit